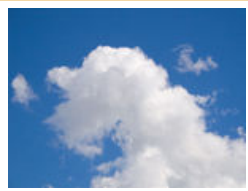


Staat soll Vorbild für "Nachhaltige Veranlagung" von Finanzmitteln werden

4.8.2009

ÖGUT-Plattform "ethisch-ökologische Veranlagung" fordert verpflichtende Regelungen



Mit der Veranlagung von Finanzmittel entscheidet der Staat nicht nur über Risiko und Rendite der Gelder, sondern auch darüber, wem und wofür dieses Kapital zur Verfügung gestellt wird.

Die Republik Österreich sollte bei der Veranlagung ihrer Finanzen die globale Umsetzung international akkordierte Sozial- und Umweltstandards unterstützen, auf die sich die Republik selbst im Wege nationaler Gesetze und internationaler Abkommen bereits verpflichtet hat, fordert die Plattform "Ethisch-ökologische Veranlagung" der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT).

"Die globale Finanzkrise ist eine große Chance, wirksame Regeln für eine soziale, ökologische und gesellschaftliche Verantwortung des Finanzmarkts umzusetzen", ist Herbert Greisberger, Generalsekretär der ÖGUT, überzeugt, und schlägt vor "diese Chance und die jetzt aufgeflamnte Kritik an der Bundesfinanzierungsagentur zu nützen, indem die öffentliche Hand in Zukunft mit gutem Vorbild vorangeht und eigene Gelder nachhaltig anlegt." Damit würde die Transformation des Finanzmarkts in Richtung Nachhaltigkeit unterstützt werden. "Eine Nachhaltige Veranlagung - wie sie etwa die Stadt München schon umgesetzt hat - sichert nicht nur langfristig die Finanzmittel, sondern unterstützt Unternehmen, die sich durch nachhaltiges Handeln auszeichnen. So profitieren österreichische Unternehmen wie etwa Hersteller erneuerbarer Energietechnologien aus den bestehenden Nachhaltigkeitsfonds. Eine derartige Veranlagungsstrategie dient daher auch der österreichischen Wirtschaft und schafft die Voraussetzung für wachsende Steuereinnahmen.

Vorbild für eine nachhaltige Veranlagung sind die österreichischen Vorsorgekassen. Die Vorsorgekassen VBV, Bonus, BUAK, BAWAG Allianz, ÖVK und die Viktoria Volksbanken sowie die VGR 1 der Bonus Pensionskasse haben eine explizite Nachhaltigkeitsstrategie in der Veranlagung und lassen diese seit 2003 auch jährlich prüfen (siehe www.oegut.at). "Eine nachhaltige Veranlagungsstrategie ist auch für die BFA verpflichtend vorzusehen," so Katharina Sammer, wissenschaftliche Mitarbeiterin der ÖGUT.

Die Plattform "Ethisch-ökologische Veranlagung" hat im Frühjahr 2009 ein Kommuniqué für eine solche Transformation vorgelegt: ein 7-Punkte-Programm für Österreich sowie Vorschläge für die Reform der internationalen Finanzmärkte in Richtung Nachhaltigkeit. Vorgeschlagen werden darin unter anderem verbindliche Nachhaltigkeitskriterien bei der Veranlagung von staatlichen oder staatsnahen Geldern, die Ausrichtung von Erfolgsprämien für ManagerInnen an nachhaltigen Kriterien und die Schaffung einer wirksamen internationalen Finanzmarktaufsicht bzw. gemeinsame Anstrengungen, um Steueroasen und "offshore Finanzplätze" zu schließen. "Die ÖGUT bzw. die Plattform stehen als Ort für den Dialog zu dieser Kurskorrektur und als Know-how-Träger gerne zur Verfügung", bietet Greisberger an.

Das 7-Punkte-Kommuniqué wird unterstützt von CRIC, ksöe, FNG/Österreich und WWF. Das vollständige Kommuniqué findet sich zum Download auf www.gruenesgeld.at Menüpunkt Kommuniqué

Quelle: Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT)

Mehr Info: <http://www.gruenesgeld.at> oder www.oegut.at